

P R E S S E I N F O R M A T I O N



Grüne fordern ENBW auf Atomkraftwerke in Phillipsburg still zu legen

Auf ihrer Kreismitgliederversammlung in Bad Bergzabern haben die Kreisgrünen in Erinnerung des Reaktorunglücks von Tschernobyl am 26.04.1986 eine Resolution verabschiedet, in der die Unumkehrbarkeit des Atomausstieges ein für alle mal festgestellt wird.

Das permanente Fordern der Verlängerung der im Atomausstiegsgesetz festgehaltenen Abschaltfristen der in Deutschland laufenden Atomkraftwerke durch die Atomindustrie und die CDU/CSU und FDP sei angesichts von Hunderttausenden von Strahlenopfern, die Tschernobyl – auch in Deutschland - gefordert hat und noch fordern wird zynisch und auf's Größte menschenverachtend, stellen die Kreisgrünen fest. Die Grünen werden nicht zulassen, dass mit der Verzögerung des Ausstiegs durch die Hintertür der Weg für die Einführung einer neuen europäischen Reaktorgeneration (EPR) und schneller Brütertechnologie bereitet wird.

Angesichts neuer Erkenntnisse, die Peter Kallusek vom Kongress der Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges in Bonn (07.-09.04.06) mitgebracht hat, wonach in der Nähe von Atomkraftwerken entgegen früherer anders lautender Aussagen doch signifikant höhere

Leukämieraten festzustellen sind (+74 %), fordern die Grünen ENBW auf, entweder dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung im 50 km-Umkreis des AKW's keiner radioaktiven Strahlung durch das AKW ausgesetzt ist oder, falls dies nicht sichergestellt werden könne, die sofortige Abschaltung beider Reaktorblöcke von Phillipsburg vorzunehmen.

Da vor allem Kinder von radioaktiver Abstrahlung in besonderem Maße betroffen sind (10-fach höhere Schilddrüsen- und Blutkrebskrankungen als Erwachsene nach Tschernobyl) könne ein Weiterbetrieb bei weiterer Strahlenexposition auf keinen Fall toleriert werden.

ENBW und die anderen Energiekonzerne sollten statt in Atomtechnologie ihre geplanten Investitionen in erneuerbare Technologien und CO₂-neutrale Gaskraftwerke investieren fordern die Grünen abschließend.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt befassten sich die Kreisgrünen mit dem Ergebnis der Landtagswahl, das mit dem Verpassen der 5%-Hürde als aus landespolitischer Sicht

verheerend zu bezeichnen ist. Es wurden neben falschen Wahlkampf Schwerpunkten auf Landesebene vor allem auch strukturelle Mängel ausgemacht. So sei die Arbeit des Parteirates als Bindeglied zwischen Landespolitik und Politik auf kommunaler Ebene nicht positiv wahrgenommen worden, stellen die Kreisgrünen fest. In Anbetracht des bevorstehenden Parteitages wird daher gefordert, regionale Besonderheiten – bspw. Verkehrsproblematik -, mehr Bürgernähe – grünregionale Kompetenz – und Regionallisten für überregionale Wahlen stärker zu berücksichtigen bzw. wieder einzuführen. Das gute Ergebnis im Wahlkreis SÜW habe gezeigt, wie wichtig es ist, in der Region mit Grünen Köpfen aus der Region Wahlkampf zu bestreiten und in jedem Wahlkreis auch mit einem Direktkandidaten als Sympathieträger und Grüner Alternative anzutreten und hier nicht das Feld den anderen Parteien zu überlassen, so die Kreisgrünen abschließend.

(pk)